

Medienmitteilung

Stellungnahme zur Verschiebung der Abstimmung der Luzerner Volksinitiative

«Für zahlbares und attraktives Wohnen» des Mieterinnen- und Mieterverbandes Luzern

Was es in der Hochkonjunktur braucht ist in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, die zweifellos auf uns zukommen, gefragt: Preisgünstiger Wohnraum. Und dafür stehen die gemeinnützigen Bauträger. Es sind in erster Linie die vielen Wohnbaugenossenschaften, welche auch in Krisenzeiten sozial- wie wirtschaftspolitisch unbeirrt ihren Weg gehen.

Die gemeinnützigen Bauträger sind ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor. Durch den kontinuierlichen Unterhalt und die qualitative Erneuerung ihrer Liegenschaften generieren sie Aufträge in Millionenhöhe für das meist örtliche Gewerbe. Damit schaffen und erhalten sie auch Arbeitsplätze.

Auch die öffentliche Hand profitiert, durch Studien nachgewiesen, von den durchschnittlich 20% tieferen Mietzinsen, durch die sie jährlich Millionenbeträge an direkten Sozialleistungen einsparen kann. Dazu kommt, dass in Siedlungen des gemeinnützigen Wohnungsbaus grosse Leistungen bei der sozialen und kulturellen Integration erbracht werden.

Das nicht spekulative Geschäftsmodell der gemeinnützigen Bauträger verhindert zwar nicht, dass sie, wie andere Investoren auch, Neubauten zu Marktkonditionen erstellen müssen. Hingegen ermöglicht das sich nicht am Gewinn orientieren müssen und der sorgfältige und nachhaltige Umgang mit ihren Immobilienwerten die fortwährende Vergünstigung der Mietkosten.

Erwähnenswert wären da noch die hohe Standort- und Quartierverbundenheit der Bewohnerinnen und Bewohner, die durch die Öffentlichkeit vermehrt nutzbaren Freiräume, die vielfach überdurchschnittliche städtebauliche und architektonische Qualität der Genossenschaftssiedlungen, die haushälterische Nutzung von Boden, Energie und weiteren Ressourcen usw.

Die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus durch die Politik ist eine absolute Notwendigkeit. Es ist auch ihre Aufgabe, zahlbares und attraktives Wohnen für alle Bevölkerungsschichten zu ermöglichen. Die Politik kann beispielsweise die Vermittlung oder den Verkauf von kommunalem Land oder die Abgabe von Landparzellen im Baurecht fördern oder die Gewährung von zinsgünstigen Darlehen ermöglichen.

Die Volksinitiative «Für zahlbares und attraktives Wohnen» des Mieterinnen- und Mieterverbandes Luzern hat Diskussionen und politische Vorstösse im Kanton ausgelöst. Die Politikerinnen und Politiker von links bis rechts sind nun aufgerufen, im Kantonsrat entsprechende Taten folgen zu lassen und damit die Basis zu legen, damit der Staat seine wohnpolitische Verantwortung wahrnehmen kann.

Bruno Koch, Geschäftsleiter ABL und Präsident Schweiz. Verband für Wohnungswesen
Sektion Innerschweiz